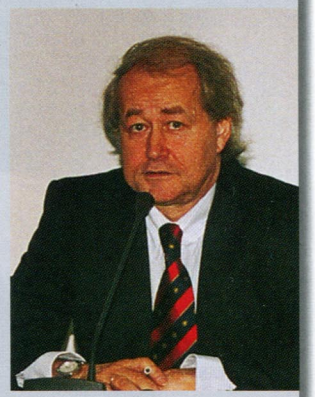
Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Kalt erwischt

Wie Blitze aus heiterem Himmel sorgten die im August erfolgten Einbrüche bei Auftragseingängen, Industrieproduktion und Exporten für tiefe Verunsicherung. Vor allem die Dimension der Rückgänge erinnerte an das fatale Horrorjahr 2009, als die Finanzkrise mit voller Wucht die deutsche Wirtschaft erreicht hatte. So stürzten die Aufträge im August – gegenüber dem Vormonat – um 5,7% ab, die Produktion brach um 4% ein und die Ausfuhren gerieten mit einem Minus von 5,8% unter die Räder. Damit wurde der von der Politik gepflegten Grundstimmung, Deutschland sei eine Art ökonomisch stabiler Insel der Glückseligen, schlagartig der Boden entzogen. Die führenden Wirtschaftsinstitute senkten umgehend ihre Wachstumsprognosen für 2014 von 1,9% auf 1,3%. Für das nächste Jahr wurde die Hochrechnung von 2% auf 1,2% zurückgenommen. Der IWF reduzierte seine Prognose für 2014 um einen halben Punkt auf 1,4%. Der Bundesregierung empfehlen die Institute, durch eine Senkung der Abgabenbelastung und höhere Investitionen die Wachstumskräfte zu stärken. Das zügige Abgleiten in eine Rezession ist nicht mehr auszuschließen.

Ursache und Wirkung

Gerätselt wird derzeit über die Ursachen des in seiner Dynamik mehr als überraschenden Konjunktureinbruchs. Dabei wird vor allem auf die besorgniserregende Häufung internationaler Krisen verwiesen, die das Konsumverhalten der Privathaushalte und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen zunehmend belasten. Aber auch der schwarz-roten Bundesregierung weisen die Wirtschaftsforscher eine Mitschuld am Abschwung zu. Hervorgehoben werden die wachstumshemmenden Wirkungen, die aus dem Rentenpaket und dem flächendeckenden Mindestlohn resultieren. Der Normenkontrollrat hat festgestellt, dass allein die zwischen Juli 2013 und Juni 2014 in Deutschland erlassenen Gesetze Wirtschaft, Bürger und Verwaltung mit 9,2 Mrd. EUR belasten. Die „Welt" hofft, dass die Rezessionsgefahr „die Zeit des fröhlichen Umverteilens" innerhalb der Groko beenden werde. Der CSU-Vorsitzende, der den Koalitionsvertrag mit unterzeichnet hat, fordert jetzt „Vorfahrt für Wachstum und sichere Arbeitsplätze".

Verschenktes Jahr

Fraglich ist derzeit, ob das für 2016 propagierte Ziel, erstmals seit 1969 im Bundeshaushalt keine neuen Schulden zu machen, überhaupt noch erreichbar sein wird. Für die SPD war die „schwarze Null" ohnehin nie ein echtes Anliegen. Einer Faustregel zufolge kostet ein Zehntel Prozent weniger Wachstum rund 700 Mio. EUR Steuereinnahmen. Legt man die reduzierten Prognosen der Wirtschaftsweisen zugrunde, so werden dem Finanzminister – gegenüber den bisherigen Planzahlen – 2014 4,2 Mrd. und 2015 weitere 5,6 Mrd. EUR fehlen. Auch vor diesem Hintergrund dürften sich die beschlossenen Wahlgeschenke als verhängnisvolle Fehlentscheidungen erweisen. Der „Spiegel" kommentiert: „Die Große Koalition wurschtelt sich durch, verteilt Wohltaten und macht Politik nach Stimmungslage. So eine kurzfristige Politik kann sich noch bitter rächen – für die Koalitionäre, aber auch für das ganze Land."

Auf Pump

Angesichts der schwachen Konjunktur in Europa fordern die EZB und der IWF von der „Lokomotive" Deutschland neue, schuldenfinanzierte Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft. Dagegen warnt der Bundesbankpräsident vor konjunkturpolitischen Strohfeuern. Auch die neu gebildete EU-Kommission hat opulente Investitionsprogramme angekündigt und möchte für deren Finanzierung den Euro-Rettungsfonds ESM nutzen. Diesen eklatanten Missbrauch hat Herr Schäuble (bisher) kategorisch abgelehnt, während sich in der SPD bereits Zustimmung abzeichnet. Der Informationsdienst „Czerwensky Intern" merkt an: „Den Krisenstaaten würde es genau wie die umstrittene Geldpolitik der EZB mehr Zeit für ihre versprochenen Strukturreformen bringen, um sie wie gewohnt ungenutzt verstreichen zu lassen ..."

Bad Bank

Heftige Kritik an der EZB und der EU-Kommission hat der bayerische Finanzminister geübt. Angesichts der geplanten Zweckentfremdung von Geldern des Euro-Rettungsschirms und des Ankaufs von „Schrottpapieren" stehe die Euro-Zone vor einer Richtungsentscheidung. Gehe es nach der EU, so würden soziale Ausgaben in überschuldeten Ländern einen größeren Stellenwert erhalten als die Sanierung der Staatsfinanzen. Zu dieser Zweckentfremdung müsse die Bundesregierung ebenso „laut und deutlich Stopp sagen" wie zum beabsichtigten Ankauf von Zockerpapieren. Außerdem würden durch den Kauf sogenannter „forderungsbesicherter Wertpapiere" Risiken von Pleitebanken auf den deutschen Steuerzahler verlagert. Die EZB dürfe nicht zur Bad Bank des ganzen Kontinents werden. Abzuwarten bleibt, ob diesen klaren Worten entsprechende politische Taten folgen werden.

Landschaftspflege

Neue Maßstäbe bei der dreisten Selbstbedienung und Korruption hat das System „schwarzer" Kreditkarten bei der spanischen Pleitebank Caja Madrid / Bankia gesetzt. Davon profitiert haben führende Politiker der großen Parteien ebenso wie Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften, die – natürlich unversteuert – mindestens 15 Mio. EUR für private Ausgaben veruntreut haben. Kurze Zeit später musste das Institut mit 24 Mrd. EUR vor dem Zusammenbruch gerettet werden. Nicht bekannt ist der Anteil der hier eingesetzten Euro-Rettungsgelder.